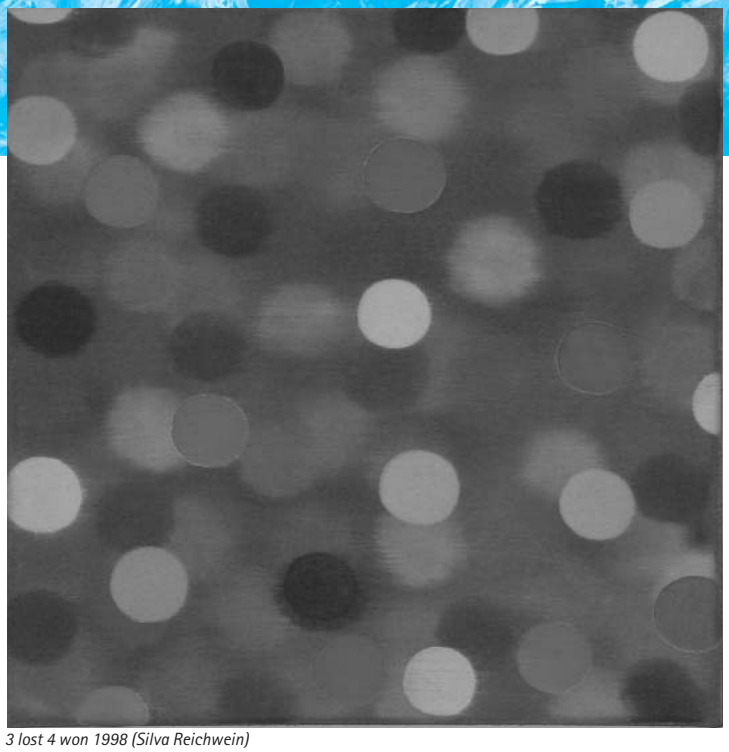
Der weisse Berg (Wilfrid Moser)



3 lost 4 won 1998 (Silva Reichwein)

Ohne Titel (Christoph Schreiber)

Im Nachgang zum Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (OG RR) vom 6. Juni 2005 hat der Regierungsrat zu Mitte des Berichtsjahres eine entsprechende Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (VOG RR) erlassen. Diese Verordnung gilt selbstverständlich für die ganze Verwaltung. Für die Staatskanzlei bringt sie aber eine ganze Reihe von wesentlichen Neuerungen.

Mit neuer Verwaltungsverordnung fit für die Zukunft

So werden die Bereiche der Planung und Steuerung, denen vor allem die Langfristplanung der regierungsrätlichen Politik obliegt, und die Aussenbeziehungen des Kantons erstmals normativ festgehalten. Auch der ganze Prozess der Behandlung von Geschäften des Regierungsrates ist kurz, aber umfassend festgehalten.

Als Stabsstelle des Regierungsrates hat die Staatskanzlei leitende und koordinierende Funktionen inne, die entsprechenden Unterstützungsarbeiten zu leisten und die Arbeit der Direktionen zu vernetzen. Die Geschäftsleitung der Staatskanzlei hat die interne Umsetzung dieser Bestimmungen in zwei Klausuren vorbereitet und an die Hand genommen.

Neu in Kraft getreten ist in diesem Jahr auch das Antragsrecht des Staatsschreibers.

Abteilungen

Zentrale Dienste

Die Zentralen Dienste sind für das Finanz- und Rechnungswesen, das Controlling und die Personaladministration der Staatskanzlei verantwortlich. In der Abteilung Veranstaltungen und Repräsentation werden Veranstaltungen des Regierungsrates und der Staatskanzlei vorbereitet und durchgeführt sowie verschiedene Behörden bei der administrativen Sitzungsvorbereitung und -durchführung unterstützt. Der Bereich Publikationen/Druckvorstufe fertigt die Beschlüsse des Regierungsrates und weiterer Behörden in Form von Protokollauszügen, Anträgen, Berichten, Gesetzeserlassen und Publikationen aus. In der gesamten Zentralverwaltung wird der Postdienst erledigt. Die Zentralen Dienste unterstützen den Staatsschreiber zudem in seiner Führungsaufgabe.

Finanz- und Rechnungswesen/Controlling: Im Rahmen der geplanten vollständigen Inkraftsetzung des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung vom 9. Januar 2006 (CRG) wurden die Projektarbeiten für eine Zusammenlegung des heutigen Geschäftsberichts des Regierungsrates und der Staatsrechnung aufgenommen.

Veranstaltungen und Repräsentation: Der Regierungsrat hat im Verlauf des Jahres zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland empfangen. Die Organisation war ganz oder teilweise dem Bereich Veranstaltungen und Repräsentation übertragen:

- **Arbeitsbesuch von Direktoren der Regionsbehörden der Tschechischen Republik (Mai);**
- **Staatsbesuch I. Exz. Dr. Michelle Bachelet, Präsidentin der Republik Chile (Juni);**
- **Jahrestagung der Vereinigung der Bundes- und Standesweibel (Juni);**
- **Empfang für Dr. Jiang Zuojun, Vize-Gesundheitsminister VR China (September);**
- **Vortrag von Dr. Ursula Plassnik, Österreichische Aussenministerin (Oktober);**
- **Besuch des Regierungsrates des Kantons Glarus (November).**

Postdienst: Das Projekt für die Ablösung der beiden vorhandenen Frankiermaschinen älterer Bauart konnte abgeschlossen werden. Im Sommer 2008 werden diese durch zwei Mietmaschinen der Schweizerischen Post ersetzt.

Publikationen/Druckvorstufe: Die Beschlüsse des Regierungsrates wurden in 163 879 (239 649) Ausfertigungen, 268 (127) Dispositiven und 107 (108) Schreiben ausgefertigt und versandt. Durch die Einführung der elektronischen Zustellung von Regierungsratsbeschlüssen innerhalb der Verwaltung konnte die Anzahl Papier-Ausfertigungen deutlich gesenkt werden. Das Amtsblatt erschien unverändert in 52 (52) Ausgaben. Der Umfang nahm vor allem durch die kantonalen und eidgenössischen Wahlen zu, nämlich von 1432 Seiten im Vorjahr auf 1520 Seiten.

Rechtsdienst

Der Rechtsdienst der Staatskanzlei steht an einer Schnittstelle zwischen Recht und Politik. Er trägt dazu bei, dass sich die Tätigkeit des Regierungsrates im Rahmen der höherrangigen Rechtsnormen (Kantonsverfassung, kantonale Gesetze und Bundesrecht) bewegt. Er beobachtet und beurteilt die Anträge der Direktionen laufend in rechtlicher Hinsicht. Im Weiteren instruiert der Rechtsdienst der Staatskanzlei mit der Rekursabteilung die Rekursverfahren, die gegen Verfügungen der Direktionen an den Regierungsrat erhoben werden. Dabei liegt das Schwergewicht bei den Verfahren aus den Amtsstellen der Sicherheitsdirektion, einerseits des Ausländerrechts und anderseits des Strassenverkehrsrechts.

Für die Berichterstattung wird auf die Rekursstatistik des Regierungsrates (S. 34) und die Tätigkeit der Redaktionskommission (S. 18) verwiesen. Aus dem Bereich der Rekurstätigkeit ist darauf hinzuweisen, dass Rekursentscheide des Regierungsrates laufend unter www.zhentscheide.zh.ch publiziert werden. Diese Datenbank enthält wegleitende Entscheide des Regierungsrates, der Direktionen sowie der direktionsabhängigen und –zugeordneten Gremien. Sie besteht seit 2002 und bezweckt, die Praxis der Rechtsprechung dieser Gremien öffentlich bekannt und damit transparent zu machen. Mit der laufenden Veröffentlichung von Rekursentscheiden über diese Internetseite wird dem Gebot der Kantonsverfassung Rechnung getragen, wonach Rechtspflegeentscheide auf angemessene Weise der Öffentlichkeit zugänglich zu machen sind und die Entscheidpraxis zu veröffentlichen ist (Art. 78).

Kommunikationsabteilung des Regierungsrates

Die Kommunikationsabteilung des Regierungsrates orientiert über die aktuellen Geschäfte des Regierungsrates. Sie ist verantwortlich für Medienanlässe und koordiniert die Öffentlichkeitsarbeit des Regierungsrates. Sie betreut die Homepage der kantonalen Verwaltung und dient als Drehscheibe für die interne Kommunikation.

Im Berichtsjahr wurden drei Wahlgänge – die Regierungs- und Kantonsratswahlen im Frühjahr, die National- und Ständeratswahlen im Oktober und der zweite Wahlgang für das zweite Ständeratsmandat Ende November – durchgeführt. Die Kommunikationsabteilung organisierte jeweils ein Medienzentrum für drei Fernsehsender, die ihre Studios dort aufbauten, richtete Installationen für ein halbes Dutzend Radiostationen ein und stellte zahlreiche Arbeitsplätze für Printmedien zur Verfügung. Am Wahlsonntag vom 15. April besuchten beispielsweise gegen 150 Medienleute und rund 250 Gäste das Medienzentrum im Walcheturm.

Auf der kantonalen Website sind neu die Kurzbiografien zu sämtlichen Mitgliedern des Regierungsrates seit 1803 online verfügbar. Das Webangebot beruht auf einer 2003 veröffentlichten Dissertation über die Entwicklung der Zürcher Kantonsregierung seit 1803. Übersichtstafeln geben Auskunft über die parteipolitische Zusammmensetzung des Regierungsrates zwischen 1869 und 2004, über die Präsidentinnen und Präsidenten des Regierungsrates seit 1850 oder über die Staatsschreiber seit 1803 (abrufbar unter www.regierungsrat.zh.ch/biographien).

Die Kommunikationsabteilung veröffentlichte 360 (384) Medienmitteilungen, davon 74 (74) Verhandlungsberichte über die Sitzungen des Regierungsrates. Insgesamt wurden 87 (80) Medienkonferenzen und Medienanlässe, davon 8 (17) Medienkonferenzen der Kommunikationsbeauftragten zu den Regierungsratssitzungen, veranstaltet. Insgesamt wurden 28 (37) Pressespiegel erstellt.

Fragen an die Verwaltung

Rund 1100 Anfragen sind im Berichtsjahr bei der Kommunikationsabteilung des Regierungsrates über die Kontaktformulare eingegangen, die auf dem Internetportal www.zh.ch sowie auf den Internetseiten des Regierungsrates und der Staatskanzlei zu finden sind.
Etwa ein Drittel dieser Anfragen sind von der Kommunikationsabteilung direkt beantwortet worden, die anderen wurden zur Beantwortung an die jeweils zuständige Direktion weitergeleitet.
Das Spektrum ist sehr breit und geht von der Anfrage betreffend Unterlagen über den Kanton Zürich bis zur Frage, an wen man sich wenden kann, wenn man ein Stück Land, das dem Kanton gehört, kaufen möchte. Viele Fragen drehen sich um Arbeits- und Aufenthaltsbewilligungen oder andere Dokumente, die eingeholt werden müssen; häufig gelangen auch Schülerinnen und Schüler sowie Studierende mit Anliegen an die Verwaltung.

Abteilungen

Informatik

Die Informatikabteilung der Staatskanzlei stellt auf der technischen Ebene den Betrieb der Produktionssysteme sicher. Ein wesentlicher Gesichtspunkt ist die Bereitstellung von Informationen in elektronischer Form für den Regierungsrat, die Verwaltung sowie die Öffentlichkeit. Zudem vertritt der Abteilungsleiter die Staatskanzlei in den übergeordneten Informatikgremien (KITT und Informatik-Projektgruppen).

Im Berichtsjahr wurden die Vorbereitungsarbeiten für ein Projekt zur Ablösung aller Client-Systeme der Staatskanzlei durchgeführt. Die Clients werden 2008 auf ein neues Betriebssystem (MS Windows Vista) und eine neue Office-Umgebung (MS Office 2007) migriert. Die personellen Ressourcen der Informatikabteilung wurden im Berichtsjahr um 50 Stellenprozente abgebaut (Pensionierung eines Mitarbeiters).

Leistungscontrollerdienst

Der Leistungscontrollerdienst ist eine Stabsstelle des Regierungsrates und unterstützt diesen in direktionsübergreifenden Projekten sowie in der Umsetzung seiner übergeordneten Zielsetzungen.

Die Abteilung beschäftigte sich in enger Zusammenarbeit mit der Direktion der Justiz und des Innern mit der Ausgestaltung des Teils «Planung und Steuerung» in der neuen Verordnung zum Organisationsgesetz des Regierungsrates. Ebenso begleitete sie den Regierungsrat in der Erarbeitung seiner Legislaturziele 2007–2011, die im September mit dem KEF der Öffentlichkeit vorgestellt wurden und die Politik des Regierungsrates in dieser Legislatur strategisch prägen werden.

Im Rahmen des Projektes Strukturbereinigung in der Zentralverwaltung, das Teil des ebenfalls von der Staatskanzlei geleiteten «Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06» (MH 06) bildete, galt es, die letzten Schnittstellenbereinigungen vorzunehmen. Wichtigstes Ergebnis bildete dabei die Überführung der Liegenschaftenverwaltung von der Finanzdirektion ins neu geschaffene Immobilienamt der Baudirektion.

Koordination der Aussenbeziehungen

Diese Fachstelle koordiniert direktionsübergreifende Geschäfte des Regierungsrates, vornehmlich seine Aussenbeziehungen, und unterstützt die Mitglieder des Regierungsrates in der Vertretung des Kantons in interkantonalen und internationalen Gremien (Konferenz der Kantonsregierungen, Internationale Bodenseekonferenz, Regionale Regierungskonferenzen).

Das Berichtsjahr galt zuerst der Erarbeitung einer Strategie der Aussenbeziehungen, die vom Regierungsrat am 22. August verabschiedet wurde. Im Weiteren brachte es die Verankerung der Fachstelle und vor allem des von ihr geleiteten Koordinationsgremiums für Aussenbeziehungen (KAB, vormals KEGEF) in der VOG RR. Die Umsetzungsarbeiten zu der neuen Verordnung waren deshalb in den Aussenbeziehungen besonders hoch.

Breiten Raum nahm die Vorbereitung der Dossiers für die Sitzungen des Leitenden Ausschusses und der Plenarversammlung der KdK ein. Neu sind die Geschäfte dem Regierungsrat in Form eines RRB vorzulegen.

Die Projektleitung für ein neues Leitbild der Internationalen Bodensee-Konferenz war erfolgreich: An der Regierungschefkonferenz vom Dezember in Vaduz konnte den Regierungschefs ein definitiver Entwurf eines modernen Leitbildes und eines dazugehörigen Massnahmenkataloges vorgelegt werden. Dieser wurde umgehend in eine dreimonatige externe Vernehmlassung gegeben.

Infolge des gewachsenen Arbeitsanfalles wurde im Berichtsjahr eine wissenschaftliche Mitarbeiterstelle ausgeschrieben, die im November mit Frau lic. phil. Seline Fischbacher besetzt wurde.

Abteilungen

e-Government

Im Berichtsjahr sind wichtige Weichenstellungen im e-Government sowohl auf Bundesebene als auch im Kanton Zürich vorgenommen worden. Im Januar wurde die «e-Government-Strategie Schweiz» vom Bundesrat verabschiedet, und im Herbst wurde die «öffentlichrechtliche Rahmenvereinbarung über die e-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz (2007–2011)» zwischen dem Bundesrat und der Konferenz der Kantonsregierungen beschlossen sowie vom Kanton Zürich ratifiziert. Zusammen mit weiteren Grundlagen sind damit die Voraussetzungen für die koordinierte, staatsebenenübergreifende Planung und Umsetzung von e-Government in der Schweiz geschaffen worden.

Der Regierungsrat hat im April entschieden, die Stabsstelle e-Government unbefristet in der Staatskanzlei weiterzuführen, und sie mit der Erarbeitung einer kantonalen e-Government-Strategie und einem Projektportfolio beauftragt. Das entsprechende Projekt dazu wurde im Herbst begonnen.

Im Berichtsjahr konnten einige Projekte abgeschlossen oder weiter vorangetrieben werden. Im April wurde der Pilotbetrieb des Umzugsservice www.umzug.zh.ch aufgenommen. Die Lösung entstand in einem Kooperationsprojekt mit den Partnern Kanton St. Gallen, den Städten Zürich und St. Gallen sowie der Siemens Schweiz und ermöglicht die elektronische Abwicklung von Umzugsmeldungen. Mit Unterstützung der Stabsstelle e-Government wurde das Stellenportal www.publicjobs.zh.ch im Sommer auf das nationale Portal www.ch.ch übergeführt. Es steht nun allen öffentlichen Verwaltungen der Schweiz für die Publikation ihrer Stellenangebote zur Verfügung. Mit dem Projekt ServicePortal soll eine Plattform für die Bereitstellung verschiedenster elektronischer Behördenangebote geschaffen werden. Dazu wurde die Konzeption erarbeitet und eine Ausschreibung durchgeführt.

Der Betrieb der kantonalen Webinfrastruktur wurde weiter verbessert und ausgebaut. Auch in diesem Jahr sind wieder zahlreiche neue Informationsangebote erstellt worden. Mittlerweile werden auf der Webinfrastruktur über 150 Internet- und Intranetauftritte von Ämtern und Fachstellen verwaltet.

Parlamentarische Vorstösse und Initiativen

Vollzugsbericht zu Vorstössen aus dem Kantonsrat (Motionen und Postulate) sowie zu Behörden- und Volksinitiativen

A.2 Abschreibungsanträge: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

372/2004 **Aufhebung oder Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten**

21. März 2005 (Postulat Gabriela Winkler, Oberglatt, und Katharina Weibel, Seuzach). Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat Vorschläge zu unterbreiten, welche Verwaltungseinheiten mit ähnlich gearteten Aufgaben aufgehoben oder mit anderen im Laufe der nächsten drei Jahre zusammengelegt werden können, um dabei rund 50 bis 100 Millionen Schweizer Franken jährlich wiederkehrend einzusparen, ohne dass vitale kantonalzürcherische Interessen vernachlässigt werden. Sollten Gesetzes- oder Verordnungsänderungen nötig sein, so sind die entsprechenden Erlasse zu bezeichnen und dem Kantonsrat zur Abstimmung zu unterbreiten.

Der Regierungsrat erstattete dem Kantonsrat am 21. März Bericht (Vorlage 4387) und beantragte, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Die Vorlage ist im Kantonsrat pendent.

B. Bericht über Vollzug unerledigter Vorstösse

82/2005 **Risikobericht für den Kanton Zürich**

3. April 2006 (Postulat Heidi Bucher-Steinegger, Zürich, und Lucius Dürr, Zürich). Der Regierungsrat wird gebeten, alle zehn Jahre, erstmals im Jahre 2005, einen wissenschaftlich abgestützten Risikobericht zu präsentieren, welcher die Risiken, die insbesondere

- den Bewohnerinnen und Bewohnern
- den Angestellten der kantonalen Verwaltung
- der Umwelt
- den Vermögenswerten und
- der Infrastruktur

des Kantons Zürich drohen, systematisch evaluiert. Der Bericht soll ferner Ziele der Vorsorge aufzeigen und Massnahmen für die Zielerreichung festlegen. Ab dem zweiten Bericht soll zudem die Wirksamkeit des Risikomanagements überprüft werden.

Bericht und Antrag sind in Vorbereitung.

Rekursstatistik

Rekursstatistik des Regierungsrates 2007

Der Sachbereich weist auf die Herkunft der angefochtenen Verfügung oder auf die antragstellende Direktion hin.

Sachbereich	Pendenzen 1. 1. 2007	Eingänge 2007	Erledigungen						Pendenzen 31. 12. 2007
			Abweisung/ Nichteintreten	Gutheissung teilweise	Gutheissung ganz	Rückzug/ gegenstandslos	Wiedererwägung	Total	
Direktion der Justiz und des Innern	45	41	23	3	5	4	–	35	51
Sicherheitsdirektion (inkl. Statthalterämter)									
Migrationsamt	521	572	368	8	19	105	33	533	560
Übrige	132	186	73	5	4	70	23	175	143
Total	653	758	441	13	23	175	56	708	703
Finanzdirektion	5	5	2	–	–	2	–	4	6
Volkswirtschaftsdirektion	22	32	9	1	4	5	–	19	35
Gesundheitsdirektion	29	7	7	–	–	5	–	12	24
Bildungsdirektion	22	59	7	1	–	6	–	14	67
Baudirektion	157	37	39	5	4	20	6	74	120
Total der Direktionen	**933**	**939**	**528**	**23**	**36**	**217**	**62**	**866**	**1006**
Vorjahr	997	764	479	34	42	202	71	828	933

Personal- und Lohnstatistik		Lohnsumme	Lohnsumme	
	Bereich (Nr., Amt)	2007	2006	
1	**Staatskanzlei**	**9 661 784**	**9 737 440**	
	1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	9 661 784	9 737 440	

Personal- und Lohnstatistik

[1] Angestellte in Vollzeiteinheiten: Anstellungen gemäss PVO, Lehrpersonen (unbefristet und befristet) und Richter
[2] Übriges Personal: Mitglieder von Behörden, Lernende, Praktikanten
[3] Vollzeit = Beschäftigungsgrad ≥ 90%
[4] Teilzeit = Beschäftigungsgrad < 90%

Beschäftigungsumfang während des Berichtsjahres			Anzahl Angestellte am 31. Dezember 2007				
Total	Angestellte[1]	Übrige[2]	Total	männlich	weiblich	vollbeschäftigt[3]	teilbeschäftigt[4]
68	**61**	**7**	**69**	**49**	**20**	**53**	**16**
68	61	7	69	49	20	53	16